

kret des jungen Sowjetstaates, dem Dekret über den Frieden, bis zum Kommuniqué der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages siebzig Jahre danach zeigt sich unübersehbar die eindeutige Kontinuität sozialistischer Außenpolitik: Damals galt und heute gilt es mehr denn je, den Krieg ein für allemal aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. Von der ersten Initiative der UdSSR auf der 34-Staaten-Konferenz in Genua (1922) für eine allgemeine, totale Abrüstung bis zum Komplexprogramm für die Befreiung der Welt von Nuklearwaffen bis zum Jahr 2000 bzw. den Vorschlägen für eine radikale Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und* Rüstungen zwi-

Weltweite Formierung der Kräfte des Friedens

Jetzt besteht ein qualitativer Unterschied gerade darin, daß sich das internationale Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Sache des Friedens veränderte, sich das Gewicht der weltweiten Bewegung der Kräfte des Friedens erhöhte, und daß nichtsozialistische Staaten und Staatengruppierungen die Abrüstungsvorschläge des Sozialismus unterstützen. Zurückzuführen ist das auf eine konsequente Politik des Dialogs und des Realismus, wie sie auch von der Partei- und Staatsführung der DDR im engen Zusammenwirken mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten betrieben wird. Darüber hinaus haben Flexibilität und Kompromißbereitschaft sozialistischer Abrüstungspolitik die Manövrierfähigkeit des Imperialismus weiter eingeschränkt. So bestehen für eine globale doppelte Null-Lösung zur Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen und der operativ-taktischen Raketen günstige Voraussetzungen/ es gibt die historische Chance, endlich einen Einstieg in die nukleare Abrüstung zu gewinnen.

schen Atlantik und Ural, das Verbot der chemischen Waffen und ein Verbot aller Kernwaffentests beweist sich diese Kontinuität und Konsequenz sozialistischer Friedens- und Abrüstungspolitik. In den zwanziger und dreißiger Jahren wurden die Abrüstungsvorschläge der UdSSR von den kapitalistischen Ländern im wesentlichen noch negiert oder zurückgewiesen. Nach dem zweiten Weltkrieg konnte man sich entsprechenden Initiativen nicht mehr einfach entziehen. Doch die westlichen Verhandlungspartner blockten Schritte zur Abrüstung dadurch ab, daß sie Kontrolle ohne Abrüstung zu erreichen gedachten, also Spionage sanktionieren las'sen wollten, das Prinzip der gleichen Sicherheit nicht akzeptierten.

Die vom Roten Oktober verkündete und vertretene Idee eines demokratischen Friedens und der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung wurde seitdem in der praktischen Politik materialisiert.

Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde der Inhalt der internationalen Beziehungen qualitativ gewandelt. Solche Prinzipien wie die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität, der Gleichberechtigung der Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten waren im wesentlichen formal schon vorher bekannt. Doch Raub, Gewalt, Kanonenbootpolitik machten sie immer wieder zum leeren Wort, zur Farce.

In den vergangenen siebzig Jahren sind diese demokratischen Prinzipien von immer mehr Staaten getragen und verteidigt worden. Der Rote Oktober brach ihnen in der internationalen Arena Bahn; er löste den Prozeß der Demokratisierung der internationalen Beziehungen aus.

Heute, im nuklear-kosmischen

Zeitalter, ist friedliche Koexistenz nicht mehr eine Form oder Möglichkeit unter anderen zur Austragung der Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern die einzig mögliche.

Das qualitativ Neue besteht eben darin, wie Genosse Willi Stoph auf der 42. Tagung des RGW 1986 in Bukarest sagte, „daß angesichts der realen Gefahr eines mit nuklearen Waffen geführten Weltkrieges die von Lenin begründete Politik der friedlichen Koexistenz eine neue Dimension erlangt“. Sie ist - auch in der Erkenntnis und Einsicht sowie in der politischen Überlegung und Handlungsweise für zunehmend mehr Politiker imperialistischer Staaten - zur einzig denkbaren Existenzform der Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten geworden. Die vergangenen siebzig Jahre haben die unterschiedlichsten politischen und sozialen Kräfte auf unserem Erdball mehr und mehr ermutigt und bestärkt, für den Frieden und das friedliche Zusammenleben der Völker und Staaten einzutreten. Wenn unsere Partei wiederholt hervorgehoben hat, daß einerseits die Gefahren für die Menschheit infolge eines Kernwaffenkrieges noch nie so groß waren wie heute, aber andererseits noch nie die Kräfte so stark waren, dieser Gefahr zu begegnen, so hat eben letztere Tatsache mit dem Roten Oktober zu tun.

Mit seiner Ausstrahlungskraft und seinem Einfluß, mit dem immer stärker gewordenen realen Sozialismus, mit dessen Initiativen, dessen Friedensbeispiel, dessen wegweisender Friedenspolitik vermittelt er allen Friedwilligen immer neue Impulse im Kampf um die Erhaltung des Friedens.

Die Sowjetunion, die der faschistischen Hydra im zweiten Weltkrieg in ihrer Höhle den Todesstoß versetzte, brachte damit den Völkern nicht nur den Frieden, sondern auch die Chance der Freiheit und Selbstbestim-